

Ein starker Bund braucht gesunde Finanzen

Autor(en): **Bratschi, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **43 (1951)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353475>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

krampfhaft wie gekünsteltes System von kantonalen Kontingenten den Besitz und die grossen Einkommen zu schonen und die Steuerlast den breiten Volksmassen aufzubürden, und die Vorlage vom 3. Dezember wurde vom Volke gutgeheissen, weil sie einen solchen Versuch bewusst unterliess und durch Fortführung der direkten Bundessteuer wenigstens das Bestreben zeigte, einen gewissen Ausgleich zwischen indirekten und direkten Steuern herzustellen.

Das ist die einzige Erklärung, die wirklich gilt; alles andere sind pure Flunkereien, deren Schiefheit mit Händen zu greifen ist. Wenn darum das «Vaterland» gleichwohl in seinem Abstimmungs-kommentar meinte: «Der Widerstand gegen die direkte Bundessteuer hat sich in diesem Abstimmungsfeldzug als kräftig und tiefgehend gezeigt, nur der nachdrückliche Vorbehalt der nur vierjährigen Bewilligung konnte die Befürchtungen über eine weitere und um so eher dauernde Verankerung für diesmal zurückdrängen», so will uns scheinen, dass es sich hier ausschliesslich um Hindernisse handelte, die sich die Katholisch-konservative Volkspartei durch ihren bisherigen fanatischen Kampf gegen die direkte Bundessteuer selber in den Weg gerollt hat. Jedenfalls erwiesen sich diese, die gerade die Abstimmungsergebnisse der katholischen Kantone zeigen, als keineswegs unüberwindlich. Konnte man somit am Abend des 4. Juni noch verschiedener Meinung darüber sein, was die wuchtige Verwerfung in Wirklichkeit bedeutete, so ist jetzt angesichts der noch wuchtigeren Annahme ein Rätselraten nicht mehr am Platz. Es gibt da nur eine einzige mögliche Deutung: heute und in Zukunft findet vor den Augen des Souveräns nur eine eidgenössische Finanzordnung Gnade, in die eine direkte Bundessteuer eingebaut ist. Dass man allerdings in gewissen Kreisen noch Hemmungen hat, diese Schlussfolgerungen zu ziehen, erscheint durchaus verständlich; aber diese drängt sich nichtdestoweniger für alle auf, die ihre Augen nicht gewaltsam vor der Wahrheit verschliessen. Tatsächlich ist diese Erkenntnis die eigentliche Lektion, die das Volk am 3. Dezember seinen Räten für die Ausarbeitung der Dauerlösung auf den Weg gegeben hat.

Eduard Weckerle.

Ein starker Bund braucht gesunde Finanzen

Nur ein auf gesunden und starken Finanzen aufgebautes Staatswesen, das befähigt ist, soziale Ungerechtigkeiten im eigenen Volk auszumerzen, hat die Kraft, auch Gefahren von aussen abzuwehren, und nur ein solches Staatswesen gibt dem Volk den Willen und den Rückhalt, die nötigen Opfer zu bringen und allen Stürmen der Zeit zu trotzen.

Robert Bratschi.